

Politische Bücher

Wenn ältere Forschung über neuere siegt

Das kaiserliche Deutschland und das zaristische Russland während des Ersten Weltkriegs

Seit dem säkularen Umbruch am Ende der 1980er Jahre haben Historikerkommissionen eine Hochkonjunktur erfahren. Eine wesentliche Ursache liegt darin begründet, dass nach dem Kalten Krieg in vielen Ländern erstmals offen über geschichtspolitisch belastete Fragen gesprochen werden konnte, während sie zuvor über Jahrzehnte entweder beschwiegen oder politisch einseitig instrumentalisiert worden waren. Da diese Lage Bestrebungen zu einer internationalen Verständigung zu behindern oder sogar zu gefährden drohte, verfielen verschiedene Regierungen auf die Bestellung bilateral besetzter Historikerkommissionen. Ihre Aufgabe ist es, historisch umstrittene Fragen gemeinsam zu erforschen und im Geist wechselseitiger Offenheit die Basis für eine rationale Verständigung zu legen.

Genau zu diesem Zweck wurde bereits an der Wende des Jahres 1993/94 auf Initiative des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl und des russischen Präsidenten Boris Jelzin die bilaterale Historikerkommission Deutschlands und Russlands gegründet. Seitdem hat die Kommission ungeachtet atmosphärischer Eintrübungen in den deutsch-russischen Beziehungen ihre Arbeit kontinuierlich fortgesetzt und deren Ertrag in zweisprachigen Publikationen dokumentiert. Dies gilt ebenfalls für den nunmehr vorgelegten siebten Band, der Ergebnisse von zwei Tagungen im Juli 2013 in Moskau und im Oktober 2014 in Berlin in einer zugleich deutsch- und russischsprachigen Version zusammenführt.

Mit ihrem neuen Band greift die deutsch-russische Historikerkommission ein Thema auf, das schon seit geraumer Zeit nicht nur in der Geschichtswissenschaft, sondern auch in einer breiten Öffentlichkeit ein erhebliches Interesse hervorruft. Darüber hinaus beleuchtet sie mit der Frage nach der Verantwortung für die Auslösung des Weltkriegs ein Schlüsselproblem, das wiederholt deutsch-russische Kontroversen provozierte, zeigten sich doch beide Seiten immer wieder darum bemüht, die „Hauptschuld“ für die Auslösung des Ersten Weltkriegs dem jeweils anderen Land in die Schuhe zu schieben. Vor diesem Hintergrund, aber auch angesichts der zuletzt von dem amerikanischen Historiker Sean McMeekin aufgeworfenen These, wonach die St. Petersburger Regierung – getrieben von dem uralten panslawischen Traum einer Einflusszone auf dem orthodoxen Balkan und der Annexion der Meerengen am Bosphorus – als eigentlicher Kriegstreiber gelten müsse, liest man mit großem Interesse die nüchternen Bewertungen der hier versammelten Autoren.

Gegen die Thesen McMeekins sprechen, so Manfred Hildermeier, nicht nur die Einsicht der russischen Verantwortungsträger nach der Niederlage gegen Japan in die Grenzen der eigenen militärischen Stärke, sondern auch die Tatsache, dass den 1912 revidierten russischen „Plan für den Ernstfall“ eine Mi-

schung aus „ambitionierter Planung und erheblicher Umsetzungsträgheit“ auszeichne. Überdies lasse sich in Petersburg gerade nicht eine eindeutige „Kriegspartei“ identifizieren. Indirekt erhärtet wird Hildermeiers Befund durch die Beiträge der russischen Tagungsteilnehmer zum Werben Russlands und Deutschlands um Italien (Valerij Ljubin) sowie zu den russischen Hoffnungen auf eine wirtschaftliche Wiedergeburt des Landes (Vladimir Buldakov). Dass außerdem Andreas Wirsching, Di-

tierten Thesen um den Kriegsbeginn 1914 reagieren. Hier siegt gleichsam der ältere Forschungsstand über den neueren – durchaus mit guten Argumenten.

Es ist kaum verwunderlich, dass die intellektuelle Tiefenschärfe und damit der Ertrag der insgesamt 18 Beiträge um einiges voneinander abweichen; verschiedene Interventionen bieten kaum mehr als einen chronologischen Abriss oder kurze Diskussionsanregungen zu Problemen, die an anderer Stelle fundierter nachgelesen werden können. Immerhin

pas in den Jahren 1918 bis 1920 (Horst Möller) ebenfalls die langfristigen Wirkungen des Ersten Weltkriegs mit besonderem Bezug auf die deutsch-russischen Beziehungen problematisiert. Zum anderen lenkt sie den Blick auf den Zusammenbruch sowohl der österreichisch-ungarischen Monarchie als auch des Osmanischen Reiches, damit auf Fronten des Ersten Weltkriegs, die deutschen Lesern oft kaum vertraut sind.

In diesem Zusammenhang ist vor allem eine Beobachtung von V. Mirzschanow bemerkenswert. Ihr zufolge sollten die politischen und militärischen Konflikte im Grenzraum zwischen dem Russischen Reich und dem Osmanischen Reich sowohl während des Ersten Weltkriegs als auch danach in erster Linie als ein Ergebnis zwischenstaatlicher Rivalitäten analysiert werden, während die Bestrebungen ethnonationaler Bewegungen gerade keinen Schlüssel zu einem besseren Verständnis dieser Entwicklungen böten. Gleichzeitig verweist er auf Versuche beider Mächte, die Grenzgebiete des Nachbarstaates zu destabilisieren, um auf diese Weise die eigenen geopolitischen Interessen zu verwirklichen.

Nicht nur im Blick darauf, sondern auch für die anderen am Krieg teilnehmenden Staaten bieten die hier behandelten Fallbeispiele einen Einblick in die historischen Wurzeln gegenwärtiger Konflikte, wobei darüber „verblüffende Ähnlichkeiten mit den Konflikten vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg“ zutage treten. Dies gilt im Übrigen auch für Konflikte um die doppelte Staatsangehörigkeit. Denn das Deutsche Reich räumte mit einem Gesetz vom Januar 1914 allen ethnischen Deutschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsort die Möglichkeit ein, eine zweite – eben die deutsche – Staatsangehörigkeit zu beantragen.

Dass ein solcher Schritt im Russischen Reich angesichts von über 1,7 Millionen Menschen deutscher Herkunft unweigerlich zu empfindlichen Reaktionen führen musste, zeigt der Beitrag von Evgenij Sergeev. Und er demonstriert ebenfalls, wie sehr danach im Zeichen des militärischen Ringens eine Germanophobie im Russischen Reich aufbrachte, die nicht bei diskriminierenden Gesetzen stehen blieb, sondern gewalttätige Pogrome und Umsiedlungen zur Folge hatte. Das Pendant zum Bild des „teutonischen Monsters“ bildete hier rasch das Bild des „russischen Barbaren“, das die deutsche Kriegspropaganda nachdrücklich streute.

CHRISTOPH CORNELISSEN

Horst Möller/Aleksandr Čubarjan (Herausgeber): Der Erste Weltkrieg, Deutschland und Russland im europäischen Kontext. Herausgegeben im Auftrag der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen. De Gruyter Oldenbourg Verlag, Berlin 2017. 176 S., 59,95 €.



Durchhalteparole: Im Sommer 1918 Foto: Anschläge. Politische Plakate in Deutschland. Ebenhausen 1972

rektor des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, in seiner Abhandlung eine prägnante Kritik an der zuletzt von Christopher Clark verfochtenen Interpretation vorträgt, wonach der deutsche Weg in den Weltkrieg im Grunde kaum von dem der anderen Mächte zu unterscheiden sei, verdeutlicht, wie zurückhaltend die Autoren dieses Sammelbands auf die in den vergangenen Jahren disku-

bietet die deutsch-russische Doppelversion auch in diesen Fällen eine Grundlage dafür, auf beiden Seiten Informationsdefizite auszugleichen. Darüber hinaus besteht ein Vorzug der Aufsatzsammlung zum einen darin, dass sie mit Beiträgen zu den Problemen der Russischen Revolution (Aleksandr Šubin), den Anfängen der sowjetischen Außenpolitik (Helmut Altrichter) und zur Neuordnung Euro-

Keine Schonkost für grüne Bildungsbürger

Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer macht sich Gedanken über die Folgen der Flüchtlingskrise

Provozierend an Boris Palmers Buch ist nur die Binsenweisheit auf dem Cover. „Wir können nicht allen helfen“, lautet der Titel des Buches, in dem er die Geschehnisse seit der Flüchtlingskrise im Herbst 2015 rekapituliert. Mit diesem Satz lässt sich als Bürger eines reichen Wohlfahrtsstaates die ungleiche Verteilung des Reichtums zwischen Norden und Süden gut verdrängen, und schon deshalb kann er einer häufig gesinnungsethisch und hochmoralisch argumentierenden Partei wie den Grünen nicht gefallen.

Davon abgesehen ist Palmers Buch aber von dem provozierenden Stil, den sich der Tübinger Oberbürgermeister in den sozialen Medien und manchmal in der politischen Auseinandersetzung im Alltag angewöhnt hat, zum Glück weit entfernt. Eher kommt Palmer dem Bedürfnis nach, einige seiner provozierenden Thesen zu erklären, manchmal sogar leicht zu relativieren – wie etwa Angaben über den Anteil der männlichen Flüchtlinge.

Boris Palmer ist immer mal wieder in die Nähe der AfD gerückt oder gar zum „grünen Thilo Sarrazin“ gemacht worden. Wer die gut 250 Seiten liest, der kann solche Thesen nur als verunglimpfend empfinden. Palmer stellt sich in diesem Buch vor als an der kommunalen Front handelnder Politiker, als pragmatischer Grüner. Anders als Sarrazin steht er der Einwanderungsgesellschaft nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, seine Skepsis gründet auch nicht auf grundsätzlichen kulturellen Vorbehalten, sondern eher auf Alltagserfahrungen und der Vernunft des Mathematikers. So macht er für eine höhere Kriminalität nicht die Herkunft der Einwanderer, sondern ihr Alter, ihre Perspektiven am Arbeitsmarkt, ihr soziales Umfeld, Einkommen und niedrigeren Bildungsgrad verantwortlich.

Der entscheidende Satz Palmers in dem Buch lautet: „Der Fehler [der

Flüchtlingspolitik] war, eine Politik, die aus der Not geboren wurde, zum moralischen Imperativ zu erklären und einen großen Teil der deutschen Gesellschaft auszugrenzen. Der Fehler war, ein moralisches Gebot zu konstruieren, dem das Land zuvor nicht gerecht geworden war und erkennbar auch nicht auf Dauer gerecht werden konnte.“ Den grünen Bildungsbürgern wirft er vor, sich von den Orten vornehm fernzuhalten, wo die „Integrationsküche wirklich heiß dampft“, also Berlin-Neukölln oder Essen-Nord.

Palmer blendet die Debatte über die außenpolitischen Handlungsoptionen von Bundeskanzlerin Angela Merkel im September 2015 aus. Er rezipiert auch wichtige Bücher zur Flüchtlingskrise

Der Fehler war, ein moralisches Gebot zu konstruieren, dem das Land zuvor nicht gerecht geworden war.

nicht, etwa von Paul Collier oder dem kürzlich verstorbenen Historiker Hans Peter Schwarz (dazu die Besprechung von Georg Paul Hefty in der F.A.Z. vom 18. März 2017). Palmers zentrales Argument lautet: Integration kann nicht funktionieren, wenn eine Gesellschaft sich über den Umfang und die Art von Einwanderung nicht verständigt. Darin sieht er ein entscheidendes Versäumnis Angela Merks und der von ihr zunächst propagierten Willkommenskultur: „Denn natürlich gibt es keine Vorbestimmtheit des Integrationsprozesses. Eine Gesellschaft kann mehr Zuwanderung und Flucht bewältigen, wenn sie sich ihrer eigenen Erwartungen und Werte genauso bewusst ist wie der Differenzen zu den Einwanderern und Geflüchteten. Fehlt dieses Bewusstsein

aber, wird schon eine sehr viel kleinere Zahl von Geflüchteten und Zuwanderern zum Problem.“ Aus diesem Grund sei es im Interesse der Flüchtlinge wie unserer eigenen Gesellschaft, „Vorrangigkeiten und Differenzen“ präzise zu analysieren und klar zu formulieren, was in unserer Gesellschaft toleriert werde und was nicht.

Die Grenzen der Belastbarkeit einer demokratischen Gesellschaft müssten durch einen Aushandlungsprozess bestimmt werden, schreibt Palmer. Da hat er recht – und hierauf ist im Flüchtlingsherbst 2015 wenig Rücksicht genommen worden. Palmer betrachtet die Probleme der Flüchtlingskrise ausschließlich aus lokaler Perspektive; anders als viele seiner Kollegen in den Rathäusern spricht er die Themen Kriminalität, sexuelle Belästigung, kulturelle Differenzen, Vergewaltigungen, den Drogenhandel gambischer Flüchtlinge und vieles andere offen an.

Dabei entsteht manchmal der Eindruck, als ob ausgerechnet Tübingen durch die Flüchtlingskrise nun zu einer Problemstadt geworden sei, dem ist aber keineswegs so. Tübingen mit seinem linksliberalen Bürgertum ist immer noch eine Insel der Seligen. Die Stadt hat derzeit keine Landeserstaufnahmestelle, etwa 800 Flüchtlinge leben in Tübingen in der vorläufigen sowie in der Anschlussunterbringung. Es gab eine Vergewaltigung und auch Probleme mit sexuellen Übergriffen in einem Jugendtreff. Auch kontrollieren wie vielerorts in Baden-Württemberg die gambischen Asylbewerber den lokalen Drogenmarkt. Aber andere Städte hatten wesentlich größere Lasten zu tragen, und viele andere Oberbürgermeister und Landräte haben ihre Aufgabe in der Krise als ausschließlich dienend verstanden und wollten durch Debattenbeiträge nicht noch zusätzliche Verunsicherung in die Bevölkerung tragen.

Vor diesem Hintergrund kann man Palmers permanente öffentliche Interventionen kritisieren. Aber der Oberbürgermeister – das scheint er sich bei seinem Vater, dem Remstalrebell Helmut Palmer, abgesehen zu haben – kann nicht schweigen, wenn er einmal glaubt, einem klaren Standpunkt gefunden zu haben. Das ist manchmal hilfreich, wenn er zum Beispiel im Sinne Bassam Tibis als erster Grüner darüber nachdenkt, ob nicht eine Leitkultur – als Ergänzung zum Grundgesetz – eine sinnvolle Klammer zwischen Deutschen und Einwanderern sein könnte. „Wir müssen uns unserer selbst vergewissern und zugleich die Andersartigkeit der Fremden, die zu uns kommen, erkennen und sachlich beschreiben. Nur wenn wir wissen, wer wir sind und was wir von Menschen erwarten, die zu uns kommen, kann es gelingen, Vielfalt zu leben, ohne die eigene Identität zu verlieren.“

Das ist übrigens ein Gedanke, den die Bundeskanzlerin mit ihrem Hinweis, die Deutschen sollten sich auf ihre christlichen Werte besinnen, auch hin und wieder geäußert hat. Wirklich neu ist wenig an Palmers Darstellung der Folgen der Flüchtlingskrise. Die Lektüre lohnt aber, weil Palmer die Blindstellen in der Debatte über Einwanderung und Flüchtlingspolitik entlarvt. Widersprüchlich ist Palmers Klage über die aggressive Diskussionskultur in den neuen Medien: Der Tübinger Oberbürgermeister selbst postete dort Fotos von randalierenden arabischstämmigen Jugendlichen und heizte die Diskussion unnötig an. Der Preis dafür ist, dass er es sich in seiner eigenen Partei mit fast allen verscherzt hat und nun auch mit nachdenkenserwerten Thesen kein Gehör mehr findet.

RÜDIGER SOLDT

Boris Palmer: Wir können nicht allen helfen. Ein Grüner über Integration und die Grenzen der Belastbarkeit. Siedler Verlag, München 2017. 256 S., 18,- €.

Briefe an die Herausgeber

Für was lassen sie sich beklatschen?

„Wir schaffen das“, hat Merkel gesagt. Anders als gemeint, hat sie es geschafft, dass die CDU als auch die CSU dank ihrer kurzschichtigen Politik gewaltig geschrumpft wurde. Eine lachende und von Anhängern umgebene Merkel, die sich beklatschen lässt (für was eigentlich?), sieht man auf der Titelseite der F.A.Z. vom 25. September. Mich erinnert das an die letzten Tage von Honecker. Er hat sich auch noch strahlend von seinen Anhängern feiern lassen, als das Volk schon längst Abszetzgedanken hatte. Man sieht eine von der Leyen im Streitgespräch mit Gauland, die nach wie vor von ihrer Wichtigkeit überzeugt ist. Niemand aus der CDU sieht die Verantwortung für die Wählerverdrossenheit bei sich, sondern verteuft die AfD und deren Wähler.

Merkel hat durch ihre Wendung nach links in Richtung SPD den konservativen Teil der Bürger, die sich nicht links einfärben lassen wollten, ihrer politischen Heimat beraubt. Eine kluge Entscheidung war das nicht. Bosbach und eine Erika Steinbach haben vergeblich gemahnt. Eine kluge Entscheidung kann man auch nicht die im Hauruckverfahren eingeführte Energiewende, nicht die milliarden-schwere Rettung Griechenlands, nicht die Öffnung der Grenze für Millionen

von Migranten nennen. Merks Linksruck war der Auslöser für die Gründung der AfD. Sie ist quasi die Urheberin. Wie abgehoben und selbstherrlich ist Merkel, dass sie die Zeichen der Zeit nicht gesehen hat? Hält sie sich für alternativlos? Bei Gründung der AfD gefragt, ob die neue Partei nicht Wähler abspenstig machen könnte, antwortete sie, dass sie nicht wüsste, wer die Partei sei und sie ohnehin nur eine kurze Lebensdauer haben würde. So viel zu ihrem politischen Weitblick. Wieso nahm sie an, dass alle willig ihrem Kurs nach links folgen würden? Es war vorauszusehen, dass der aufgegeben rechte Platz nicht lange unbesetzt bleiben würde. An links ausgerichteten Parteien mangelt es in Deutschland nicht.

Schon vor der Wahl haben alle Parteien, die Medien inklusive, auf die AfD eingedroschen. Der Bürger ist nicht so naiv, dass er den wahren Grund für die Aufregung nicht erkennen würde. Konkurrenz um die Posten, die Fleischtopfe, um Machterhalt, um die eigene Wichtigkeit geht es. Um das Beste für Deutschland geht es nicht. Mit Hetze gegen die AfD werden die Parteien kein Ruhmesblatt gewinnen.

CHRISTA WOLF, NÜRNBERG

Bis zum Thüringer Wald

Abgesehen vom Inhalt des Leitartikels und von der Charakteristik der Kanzlerin als „Die Unerschütterliche“ (F.A.Z. vom 27. September), wo ich meinen würde, dass sie als „Die Unverbesserliche“ viel treffender in der Hauptüberschrift einzuschätzen gewesen wäre, eine klitzekleine Anmerkung als Ostdeutscher: Sie schreiben: „Beileibe nicht alles, was sich in diesem guten Jahrzehnt zwischen Nordsee und Alpen zum Guten oder Schlechten veränderte, ist auf den Einfluss der Kanzlerin zurückzuführen.“ Meine geographischen Kenntnisse sagen mir, Sie lassen in Ihrem Denkkalkül, bewusst oder unbewusst, den Osten Deutschlands leider keine Möglichkeit dazuzugehören, sie lassen ihn weg. Es gibt ihn bei Ihnen nicht! Sie schreiben über das Deutschland nach der Wahl, aber der Osten wird bei Ihnen nicht einmal geographisch miteinbezogen, was von vornherein schon den Blick verengt. Dieser Osten ginge nämlich von der Ostsee bis zum Erzgebirge beziehungsweise Thüringer Wald.

DR. HABIL. ANDRÉE TÜRPE, BERLIN

Die SPD im finsternen Tunnel

Zur finsternen Tunnelsituation der SPD, die Majid Sattar und auch Jasper von Altenbockum in der F.A.Z. vom 26. September beschreiben, kann man sicher viele Gründe nennen, ich will hier auf einen hinweisen: das Verhältnis der heutigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur deutschen Kultur.

Es war schon ein Schlag ins Gesicht vieler Menschen hierzulande, als die Integrationsbeauftragte der SPD, Frau Aydan Özgüç im Frühjahr behauptete, eine „spezifische deutsche Kultur“ sei „jenseits der Sprache schlicht nicht identifizierbar“. Der Satz bezieht sich ja nicht nur auf Leitkultur in der Form von Alltagsritualen, sondern eben schlicht auf „deutsche Kultur“.

War Frau Özgüç nie in einem Konzert, bei einer philosophischen Diskussion, einer literarischen Lesung? Und gab es denn keinen Genossen in der SPD, der Frau Özgüç einmal ein paar CDs mit Aufnahmen von Bach, Beethoven, Schubert, Schumann, Wagner hinübergespielt hat?

Oder ein paar Werke von Kant, Hegel, Marx (die hat sie wohl schon) und auch Nietzsche und Heidegger auf den Tisch gelegt? Oder eine kleine Literaturgeschichte vom Nibelungenlied an über die mittelalterlichen Epen und die Lyrik, die Aufklärung, Klassik und Romantik bis zu den Literaturnobelpreisträgern Tho-

Glaube geht auch anders

Ich bin über Ihren Beitrag „Mein Stück Stoff“ im F.A.Z.-Magazin vom September gestolpert, weil ich selbst dreißig Jahre lang Kopftuchträgerin war, mit der Begründung, in vorgeschriebener Gottgefälligkeit zu leben. Seit Februar 2005 trage ich dieses kennzeichnende Kleidungsstück nicht mehr und bestimme selbst, wie ich als Muslimin „gottgefällig“ sein will. Seitdem beschäftige ich mich mit den Zusammenhängen und allen möglichen Begründungen für das Kopftuch und gegen Frauen.

Ein Kopftuch zu tragen ist alles andere als zeitgemäß! Es stellt eine Respektlosigkeit und Ignoranz gegenüber den Errungenschaften von Europäerinnen dar, die sich mühsam und zäh gegen patriarchale Interessenpolitik durchsetzen konnten. Das Bewusstsein vieler Muslime entwickelt sich leider nicht weiter, weil es feststeckt im kollektiven Rausch der verordneten Gottgefälligkeit um jeden Preis. In Deutschland ist das Kopftuch schon längst Kennzeichen einer Minderheit geworden, die sich penetrant zur Schau stellt, um gesehen zu werden. Diejenigen Frauen, die aus dieser Auffälligkeit rauswollen, werden aber nicht unterstützt,

mas Mann, Günter Grass, Elfriede Jelinek?

Grass, der 1969 für Willy Brandt und die „Es Pe De“ durchs Land tourte und die SPD ihr Ergebnis damals ja auch über 42 Prozent hochfuhr, hätte sich wohl im Grabe herumgedreht, wenn er diese Totalnegation der deutschen Kultur aus dem Mund einer SPD-Funktionärin vernommen hätte. Es gehören ja auch „preu-bische Tugenden“ wie Fleiß, Disziplin, Verlässlichkeit dazu. Große Sozialdemokrater der Nachkriegszeit wie Kurt Schumacher und Carlo Schmid waren tief in ihrer Partei verwurzelt, aber auch in der deutschen Kultur. Gerade so konnten sie auch Brücken bauen zu Nachbarkulturen. Eine deutsche Kultur jenseits der deutschen Sprache wurde nun von Frau Özgüç komplett negiert. Und eigentlich niemand in der Partei und auch in den Medien regte sich besonders darüber auf. Das tat dann Herr Gauland, sicher mit einer gänzlich unpassenden Metapher der „Entsorgung“. Das wurde zu Recht scharf kritisiert.

Aber die Totalnegation deutscher Kultur hätte auch einen kritischen Kommentar in den deutschen Feuilletons verdient gehabt. Vielleicht aber ändert die SPD in ihrem finsternen Tunnel ihre Einstellung zur deutschen Kultur und bringt etwas Licht in diese Finsternis.

PROFESSOR DR. SILVIO VIETTA, HEIDELBERG

sondern sogar verleumdet. Es gibt sie, diese Frauen, die sich davon lösen und dadurch neue Freiheit für ihre Persönlichkeitsentwicklung erlangen. Denn eine Frau ist mehr als eine „gläubige Frau“, was das Kopftuch aber als Identität festlegt.

Ich kannte nichts anderes als meine Welt mit Kopftuch. Die Loslösung davon war umso mehr ein Kraftakt und ein längerer Prozess, der mit inneren Konflikten einherging. Ich wünsche mir, dass diese Frauen ernst genommen werden und ihnen die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt wird wie jenen, die sich für das Kopftuchtragen entscheiden, sei es durch die islamischen Organisationen in Deutschland – oder durch Ihr Magazin. Glaube an Gott geht auch anders!

EMEL ZEYNELABIDIN, MARBURG

Von den vielen Zuschriften, können wir nur einen kleinen Teil veröffentlichen. Dabei kommt es nicht darauf an, ob sie Kritik oder Zustimmung enthalten. Oft müssen wir kürzen, denn möglichst viele Leser sollen zu Wort kommen. Wir lesen alle Briefe sorgfältig und beachten sie, auch wenn wir sie nicht beantworten können.